

**SPERRFRIST:**  
**Donnerstag, 1. Mai 2008, 11.30 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Rainer Bliesener**  
**DGB-Landesvorsitzender**

**„Gute Arbeit muss drin sein“**

**Rede zum 1. Mai 2008**  
**in Aalen**

---

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unser Motto für den 1. Mai lautet in diesem Jahr  
„Gute Arbeit muss drin sein“.

Nur 13,3 Prozent der Beschäftigten in Baden-  
Württemberg beurteilen nach einer  
repräsentativen Umfrage des DGB ihre Arbeit als  
„gut“, 55,9 Prozent als „mittelmäßig“ und 30,8  
Prozent sogar als „schlecht“.

Trotz bester wirtschaftlicher Rahmenbedingungen  
sind wir nach dem Urteil vieler Beschäftigter von  
„guter Arbeit“ im Ländle weit entfernt.

Für nicht wenige Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer ist der berufliche Alltag geprägt  
durch Leistungs- und Zeitdruck, Arbeitshetze,  
fehlende Aufstiegsperspektiven, geringe  
Entlohnung, mangelnde Aus- und  
Weiterbildungsangebote, geringe berufliche  
Zukunftssicherheit, prekäre Arbeitsverhältnisse  
bis hin zu unbezahlter Mehrarbeit.

Alle Beschäftigten haben einen Anspruch auf gute  
Arbeit – und den werden wir gemeinsam auch  
durchsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

und dem müssen wir den Kampf ansagen.  
Wir müssen schlechte Arbeit aus den Betrieben  
und Verwaltungen verbannen.

Dazu brauchen wir engagierte Betriebsräte und  
Personalräte mit wirkungsvollen  
Mitbestimmungsrechten.

Selten sind in den letzten Jahren die Auswüchse  
des kapitalistischen Systems derart krass und  
überdeutlich zutage getreten

- Entlassungen trotz sprudelnder Gewinne,
- Korruption und Steuerhinterziehung in großem  
Stil,
- astronomische Managergehälter,
- seit Jahren sinkende Realeinkommen,
- eine immer weiter auseinanderklaffende  
Schere von Arm und Reich,
- eine Steuerpolitik, die die Reichen noch  
reicher macht,
- ein Finanzsystem, dem die Brocken um die  
Ohren fliegen und das mit Milliardensummen  
aus Steuergeldern vor dem Kollaps gerettet  
werden muss.

Nur noch eine knappe Mehrheit der Deutschen ist  
der Meinung, die soziale Marktwirtschaft habe sich  
bewährt – 1994 waren es noch knapp drei Viertel!

Für die Zukunft wünscht sich die überwiegende  
Mehrheit der Befragten eine Weiterentwicklung in  
Richtung „mehr soziale Absicherung“ statt „mehr  
Markt“.

Das Klima in der Öffentlichkeit hat sich für die  
Gewerkschaften spürbar positiv verändert.  
Soziale Gerechtigkeit steht hoch im Kurs.

Diese Erwartungen müssen sich auch in der  
Politik niederschlagen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar - das gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, egal in welchem Betrieb sie beschäftigt sind.

Und das gilt insbesondere auch für Lidl, Schlecker und Co.

Wer seine Beschäftigten mit Kameras beobachten lässt, wer Detektive beschäftigt, um seine Beschäftigten auszuspionieren, der hat in übelster Weise die Würde der Betroffenen verletzt.

Hier reicht keine Entschuldigung durch großformatige Anzeigen, sondern hier ist die Politik gefordert, die Grundrechte auch in solchen Unternehmen ein für allemal sicherzustellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu einer menschlichen Arbeitswelt gehört natürlich eine anständige Bezahlung - gerade auch im Einzelhandel. Es ist doch ein Trauerspiel, wie lange ver.di jetzt schon für einen neuen Tarifvertrag im Einzelhandel kämpfen muss.

**„Gute Arbeit“ – das bedeutet erstens, dass man von seiner geleisteten Arbeit auch anständig leben kann.**

Wir brauchen in dieser Tarifrunde kräftige Einkommenserhöhungen.

Die Abschlüsse bei Chemie, im öffentlichen Dienst und in anderen Branchen haben hier die richtigen Signale gesetzt.

Die Nettoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im vergangenen Jahr laut Bundesarbeitsministerium auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken.

Der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten der Unternehmen liegt inzwischen nur noch bei 16,5 Prozent.

Und da fordert Ministerpräsident Oettinger zum Maßhalten auf.

Entweder er kennt die Fakten nicht oder er will sich wieder einmal als Sprachrohr der Wirtschaft profilieren.

Ich kann ihm nur anraten, nicht zu vergessen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrem Fleiß, mit ihrem Engagement, mit ihrem Können und Wissen, maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen - und nicht nur das Management.

Angesicht einer Preissteigerungsrate von über 3 Prozent sind kräftige Lohnerhöhungen lebenswichtig für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie für die Konjunktur.

Ich kann allen, die jetzt wieder zum Maßhalten aufrufen und vor Schäden für die Konjunktur warnen, nur anraten, es einmal auszuprobieren und einen Monat lang mit dem Gehalt einer Verkäuferin zu leben.

Wir wollen, dass der Aufschwung endlich auch bei den Beschäftigten ankommt - und nicht nur in den Kassen der Unternehmer, der Aktionäre und Vermögenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Herbst steht die Metalltarifrunde an und im nächsten Jahr wird der Tarifvertrag-Land neu verhandelt.

Für beide Runden sind harte Auseinandersetzungen vorprogrammiert.

Das Ergebnis der Tarifrunde-Land muss zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten

übertragen werden. Hier werden wir den Ministerpräsidenten beim Wort nehmen.

**Gute Arbeit heißt zweitens:  
Dass die Früchte unserer Arbeit gerechter  
verteilt werden. Wir wollen mehr  
Verteilungsgerechtigkeit.**

Der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen stieg seit 2000 von 28,2 auf 35,3 Prozent.

Der Anteil der Löhne stürzte dagegen von 72,2 auf nur noch 64,6 Prozent ab.

Der Reichtum dieser Gesellschaft ist extrem ungerecht verteilt. Und die Ungerechtigkeit ist gewachsen.

Die Reichen werden immer reicher, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen einen immer kleineren Anteil vom Kuchen ab.

Die 300 reichsten Deutschen besaßen – nach den Zahlen des *Manager Magazins* – im Jahr 2006 ein Vermögen im Wert von ca. 395 Milliarden €. Diese Summe hat sich im Jahr 2007 um 80 Milliarden € auf ca. 475 Milliarden € erhöht – eine Gewinnsteigerung für die Superreichen, wie sie es nie zuvor in Deutschland gegeben hat.

Auch die Einkommen vieler deutscher Manager haben jegliche soziale Akzeptanz verloren.

So bekamen die Vorstandsvorsitzenden der neun im DAX notierten Metallkonzerne 2007 eine Gesamtvergütung von durchschnittlich 5,9 Millionen Euro. Das sind 31 Prozent mehr als im Vorjahr.

Es geht uns nicht um Neid. Leistung soll anständig bezahlt werden, das muss aber für alle

Beschäftigten gelten. Die Relationen müssen stimmen.

Es ist deshalb richtig, die Managergehälter zu begrenzen.

Und wer als Manager den Karren in den Dreck gefahren hat, der sollte auch dafür haften und nicht noch mit hohen Abfindungen die Misswirtschaft vergoldet bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Verteilungsgerechtigkeit bedeutet auch eine Steuerpolitik, die sozialen Ausgleich schafft und nicht die Reichen noch mit Steuergeschenken beglückt.

Der Spitzensteuersatz muss wieder erhöht werden. Die Reichen müssen über eine Vermögensbesteuerung endlich in höherem Masse zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben herangezogen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt. Milliarden gehen so dem Fiskus verloren.

Ich sage: Wer hier lebt, der muss hier auch anständig Steuern zahlen!

Es kann nicht angehen, dass Hartz IV-Empfänger ihre Ersparnisse in Euro und Cent offenbaren und opfern müssen und andere ihr Geld ins Ausland verschieben und vor der Steuer verstecken können!

Auf etwa 12 Milliarden Euro wird das Steuerloch allein durch lückenhaften Steuervollzug geschätzt – genau weiß es niemand.

Aber sicher ist: Im Durchschnitt bringt jeder Steuerfahnder dem Staat zusätzliche Einnahmen von einer Million Euro.

Baden-Württemberg hat – auch im Bundesvergleich – zu wenig Steuerfahnder. Ich fordere deshalb die Landesregierung auf, die Zahl deutlich zu erhöhen.

Auf diese Einnahmen kann und darf der Staat nicht verzichten, das ist auch ein Akt der Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

**Gute Arbeit heißt drittens:  
Von Arbeit muss man leben können.  
„Arm trotz Arbeit“ - das darf es in Deutschland  
nicht länger geben!**

Rund 22 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Deutschland im Niedriglohnsektor. Das sind etwa 6,5 Millionen Menschen.

Arm trotz Arbeit – das ist immer häufiger die traurige Realität. Viele müssen ihre mageren Löhne durch Arbeitslosengeld II aufstocken.

Löhne, von denen man leben kann, auch das bedeutet Menschenwürde.

Gesetzliche Mindestlöhne gibt es in 20 der 27 EU-Länder. Die meisten westeuropäischen Länder haben mehr als 8 Euro.

Die Wirtschaft ist daran nirgendwo in Europa kaputt gegangen – weder in Frankreich noch in England, Italien oder sonst irgendwo, auch wenn das aus Kreisen der CDU und FDP immer wieder behauptet wird.

„Arm trotz Arbeit“ - das dürfen wir nicht hinnehmen.

Von Arbeit muss man leben können.

Wir sagen deshalb:

Deutschland braucht den Mindestlohn.  
Kein Stundenlohn unter 7 Euro 50!

**Gute Arbeit heißt viertens:  
Eine Arbeit, die nicht krank macht, mit der  
man gesund das Rentenalter erreicht und die  
vor Altersarmut schützt.**

Da plant Bundesarbeitsminister Scholz für 2008  
bei den Renten statt 0,5% eine Anhebung um  
1,1% - und schon dann wird dies zum  
Generationenkonflikt hochstilisiert.

Wo leben denn diese Leute, die solch dummes  
Zeug behaupten?

Seit 2004 hatten die Rentner 3 Nullrunden, 2007  
gab es gerade einmal eine Erhöhung um 0,54% -  
so sieht die Realität bei den Rentnerinnen und  
Rentnern aus.

Wir fordern, dass es nicht bei dieser geringen  
Erhöhung bleibt, die auch noch 2012 wieder  
einkassiert werden soll. Nein, die Rentenformel  
muss geändert werden. Auch die Inflation muss  
wieder eine Rolle bei der Festsetzung der  
Rentenhöhe spielen.

Wer zunehmende Altersarmut verhindern will, der  
muss für ein ausreichendes Rentenniveau  
sorgen, Mindestlöhne einführen, prekäre  
Arbeitsverhältnisse zurückdrängen und Minijobs  
in voller Höhe sozialversicherungspflichtig  
machen.

Und wir brauchen endlich den Einstieg in eine  
Erwerbstätigenversicherung, die alle in die  
Solidargemeinschaft einbezieht. Ansonsten ist  
eine breite Altersarmut für die heutige junge  
Generation vorgezeichnet.

Das ist der eigentliche Generationenkonflikt.



Das Ammenmärchen von der privaten Vorsorge als Schutz vor Altersarmut hat sich selber entlarvt:

Nur ganz wenige Geringverdiener nutzen die Riesterreute – nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht können, weil ihr Verdienst dafür keinen Spielraum lässt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir wollen, dass die politische Fehlentscheidung der Rente mit 67 korrigiert wird. Sie ist ein reines Rentenkürzungsprogramm.

Was wir brauchen, sind zeitgemäße Regelungen für einen flexiblen Altersübergang durch eine sachgerechte Fortsetzung der Altersteilzeit und eine verbesserte Teilrente.

Auch das gehört zur Würde des Menschen: Rahmenbedingungen zu schaffen, die es möglichst vielen Beschäftigten ermöglichen, gesund in die Rente zu kommen.

Dafür braucht man keine Rente mit 67 oder gar noch später, sondern eine altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung und flächendeckende betriebliche Präventionsmaßnahmen.

Hiervon sind wir in Baden-Württemberg aber noch weit entfernt.

Statt in einem Landesprogramm die notwendigen Schritte dafür einzuleiten, plant die Landesregierung, die Pensionsaltersgrenze für die Beamtinnen und Beamten noch schneller als vom Bundestag beschlossen anzuheben.

Der richtige Weg wäre, endlich in Prävention und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung zu investieren statt den Beamtinnen und Beamten im Land neue Sonderopfer abzuverlangen.

**Gute Arbeit heißt fünftens:  
dass wir uns gegen die Verwilderung des  
Arbeitsmarktes wehren, gegen die Zunahme  
prekärer Beschäftigung in all ihren Varianten.**

Gut ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ist inzwischen atypisch beschäftigt – in Teilzeit, Minijobs, auf befristeten Stellen oder als Leiharbeiter.

Prekäre Arbeitsbedingungen sind inzwischen sehr verbreitet.

Die staatliche Förderung der geringfügig entlohnten Beschäftigung führte zu einem Anschwellen der MinijobberInnen auf 7 Millionen.

Arbeitslose wurden und werden massenhaft in Ein-Euro-Jobs gesteckt, die ihnen kaum eine berufliche Perspektive bieten, aber die Arbeitslosenstatistik besser aussehen lassen.

Zudem führen Ein-Euro-Jobs oft zur Verdrängung regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Die Hartz-Reformen haben den Druck auf die Arbeitslosen verschärft.

Sie haben die Rutschbahn nach unten schneller gemacht. Gefordert wird von Arbeitslosen viel, gefördert aber wird zu wenig.

Die Regelsätze sind viel zu niedrig, die Anrechnungstatbestände von Vermögen ein Skandal.

Wir brauchen dringend Korrekturen dieser unsozialen Arbeitsmarktgesetze.

Handlungsbedarf gibt es auch bei der Leiharbeit. Sie droht immer mehr reguläre Beschäftigung zu

verdrängen. Mit Flexibilität hat das nichts mehr zu tun, mit Kostensenkung aber sehr viel.

Ganze Stammbeschaften werden durch Leiharbeiter ersetzt.

Dem müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.

Die Leiharbeit muss wieder das werden, als was sie ursprünglich gedacht war – eine Ausnahmeregelung.

Es ist ein Skandal, dass die Bundesagentur für Arbeit die Zeitarbeitsfirmen mit einer sogenannten strategischen Partnerschaft hätschelt. Die Arbeitsagenturen leisten damit der Ausbreitung von Leiharbeit Vorschub. Das muss aufhören!

Wir müssen den Grundsatz durchsetzen, dass für Stammbeschäftigte und für Zeitarbeiter gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen in den Betrieben gelten.

### **Gute Arbeit heißt sechstens: Gerechte Bildungschancen**

Bildung ist eines der wichtigsten Themen in unserer Gesellschaft.

Bildung ist entscheidend für die persönliche Entwicklung, für den Lebensweg, für den beruflichen Aufstieg, für das Einkommen.

Bildungsfragen sind Fragen, die uns alle angehen.

Um unser Bildungssystem ist es nicht gut bestellt. In keinem vergleichbaren Land ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg so eng wie bei uns.

Wir können und werden es nicht hinnehmen, dass unser Schulsystem von hoher sozialer Ungerechtigkeit geprägt ist.

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen.

Wir müssen endlich weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem hin zu einem integrativen System, in dem Kinder und Jugendliche länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell besser gefördert werden – so, wie in allen anderen europäischen Ländern auch.

Der bildungspolitische Reformstau im Land ist unübersehbar.

Ich möchte das an 6 Punkten festmachen:

1. Die Hauptschule hat trotz aller Rettungsversuche und engagierter Arbeit der Lehrkräfte keine Zukunft. Aber nicht die Hauptschule ist das Problem, sondern das gegliederte Schulsystem.
2. Der Rückgang der Schülerzahlen gefährdet bei Beibehaltung der Dreigliedrigkeit ein wohnortnahes Schulangebot.
3. Das dreigliedrige Schulsystem ist nicht zukunftsfähig – es benachteiligt Schwächere und ist hochgradig sozial selektiv!  
Wir brauchen deshalb endlich flächendeckend echte Ganztagschulen mit ausreichend qualifiziertem Personal.
4. Die gewerblichen Schulen leiden unter Stundenausfall, Nachwuchssorgen bei den Lehrern, überfüllten Klassen. Sie sind das Stiefkind der Bildungspolitik.

5. Baden-Württemberg liegt mit seiner Studierendenquote von 36,3 % weiter hinter der durchschnittlichen Quote in den OECD-Ländern zurück. 2007 war das Land Negativspitzenreiter mit einem Rückgang der Studienanfänger an Universitäten um 8,4 Prozent! Nur noch 13 Prozent der Studierenden kommen aus Arbeiterfamilien. Studiengebühren verschärfen die Selektion noch.
  
6. Die Weiterbildung genießt hohen Rang – aber vorrangig in Sonntagsreden, nicht in der praktischen Landespolitik. Wir brauchen endlich ein Weiterbildungsgesetz mit Freistellungsregelungen und mehr Landesmittel für die Weiterbildungsträger.

Wir brauchen einen Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg – im Interesse unserer Kinder, aber auch als Zukunftsvorsorge für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Bildungspolitik im Land darf weder durch Aussitzen der Probleme noch durch Schnellschüsse, wie zuletzt die des Ministerpräsidenten, betrieben werden.

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt im Land ist weiterhin angespannt – auch, wenn im vergangenen Ausbildungsjahr in Baden-Württemberg 7.000 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen wurden.

Nur 44,7% der rund 83.000 gemeldeten Bewerber/innen um einen Ausbildungsplatz konnten vermittelt werden.

Viele Jugendliche sind leer ausgegangen, haben keinen Ausbildungsplatz erhalten und stecken in Warteschleifen an Berufsschulen oder in Maßnahmen der Arbeitsagentur.

Besondere Sorge bereiten uns die Jugendlichen, die sich schon in der Vergangenheit vergeblich um einen Ausbildungsplatz beworben haben. Von ihnen konnte nicht mal die Hälfte in Ausbildung vermittelt werden.

Viel zu wenige Betriebe bilden aus. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung: Wer nicht ausbildet, soll zahlen – damit diejenigen, die ausbilden, entlastet werden können.

**Gute Arbeit heißt siebtens:  
Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen  
und mehr Zeit für Familie und Kinder.**

Die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern sind nach wie vor groß.

14 Prozent der ausgebildeten, vollzeitbeschäftigten, Frauen in Baden-Württemberg müssen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro auskommen.

70 Prozent der Niedriglöhner sind weiblich.

Fast jede zweite berufstätige Frau in Baden-Württemberg arbeitet in Teilzeit.

Von einer eigenständigen Existenzsicherung sind Frauen weit entfernt.

Wir müssen wesentlich mehr tun für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aber das reicht nicht. Auch bei der Entgeltgleichheit und bei den Karrierechancen gibt es großen Handlungsbedarf.

Nur ein Beispiel: Wenn die Entwicklung in diesem Schneckentempo weitergeht, dauert es über 20 Jahre, bis die Hälfte aller Führungspositionen in

der Landesverwaltung mit Frauen besetzt ist – so lange wollen und dürfen wir nicht mehr warten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich an ein trauriges Kapitel unserer Geschichte erinnern.

Morgen vor 75 Jahren, am 2. Mai 1933, haben SA- und SS-Kommandos der Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser gestürmt und besetzt.

Viele Gewerkschafter wurden inhaftiert, viele kamen in den Konzentrationslagern um oder mussten ins Exil gehen.

Auch daran wollen wir heute erinnern.

Die Geschichte des sogenannten Tausendjährigen Reiches muss uns im Alltag eine ständige Mahnung zu demokratischer Wachsamkeit und zum Kampf gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus und Ausländerhass sein.

Dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, ist offensichtlich.

Ich fordere die Politik auf, ihren unsäglichen Streit über ein NPD-Verbot zu beenden und endlich einen neuen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.

Wir können und wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass die NPD auch noch mit Steuergeldern ihre antidemokratischen, fremdenfeindlichen, Parolen verbreiten kann und damit nicht nur dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schadet, sondern auch unserer Demokratie.

Der DGB und seine Gewerkschaften stehen für eine demokratische Gesellschaft, die von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde geprägt ist.

Hass und Ausgrenzung bekämpfen wir – in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz.

Gute Arbeit für alle muss drin sein - nicht nur heute am 1. Mai, sondern an allen Werktagen!